



**RITA
SCHWARZELÜHR-
SUTTER**

**Für Sie im
Deutschen Bundestag**



Newsletter

vom 23. Juni 2020

Die Themen im Überblick

Koalition bringt Konjunkturpaket auf den Weg.....	1
Umsetzung des Konjunkturpakets hat begonnen.....	3
Ein großer Schritt für mehr erneuerbare Energien	4
Reisegutscheine werden attraktiver.....	4
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.....	5
Unternehmen vor ausländischen Übernahmen schützen	5
Rechtsextremismus und Hasskriminalität bekämpfen.....	6
Arbeitslosigkeit in Europa verhindern	6
Frieden im Kosovo sichern	7
Vorschläge für ein neues europäisches Asylsystem.....	7
Urlaub im Sommer möglich – Chance für den nachhaltigen Tourismus.....	8
Über die Folgen der Corona-Krise in Löffingen.....	8
Corona und der Deutsche Mobilitätspreis 2020	9
Ergebnis des Koalitionsausschusses.....	9
Verkehrsminister Hermann ist den Bürgerinnen und Bürgern eine Erklärung schuldig.....	10
Schweizer Bundesrat hebt Einreisebeschränkungen zum 15. Juni auf.....	10
Deutliche Verbesserung muss noch vor der Elektrifizierung der Hochrheinschiene kommen	10
Installieren der neuen Corona-Warn-App.....	11
Bund fördert die Flottenumstellung von sozialen Diensten	11
Unterstützung für Kommunen in Corona-Krise	11
Gebäudeenergiegesetz kommt auch mittelständischen Unternehmen aus Baden-Württemberg zugute.	12
Videokonferenzen am Digitaltag	12
Juso-Talk ÖPNV in Zeiten des Klimawandels.....	13

Koalition bringt Konjunkturpaket auf den Weg

Mit einem umfangreichen Konjunkturprogramm reagiert die Große Koalition auf die Corona-Krise. Es hilft denjenigen, die von der Krise besonders betroffen sind – und gibt der Wirtschaft einen deutlichen Schub in Richtung Zukunft.

Anfang Juni hat der Koalitionsausschuss Eckpunkte eines Konjunktur- und Zukunftspakets im Umfang von 130 Milliarden Euro beschlossen. Es setzt kräftige Impulse, um Wachstum und Beschäftigung wieder in Schwung zu bringen. Es ist ein Programm für Familien, für Städte und Gemeinden, für Auszubildende, für kleine und mittelständische Unternehmen, für die Kultur und für die Umwelt. Die Maßnahmen sollen schnell dort ankommen, wo sie am meisten gebraucht werden und wo sie die größte Wirkung entfalten können. Deshalb stehen die Menschen im Mittelpunkt des Programms: Mit direkten Unterstützungen für die Bürgerinnen und Bürger stärkt die Koalition die Nachfrage und kurbelt die Konjunktur an. Liquiditätshilfen für besonders betroffene Unternehmen sichern die Arbeitsplätze zahlreicher Beschäftigter. Und Investitionen in Zukunftstechnologien machen das Land wettbewerbsfähiger, ökologischer und lebenswerter. Damit das Konjunkturprogramm schnell Wirkung entfalten kann, soll es zügig umgesetzt werden. Dafür hat die Koalition in dieser Woche bereits mehrere Gesetzentwürfe in den Bundestag eingebracht, die noch vor der parlamentarischen Sommerpause vom Parlament beschlossen werden sollen.

Folgende Eckpunkte haben die Koalitionspartner verabredet:

Nachfrage stärken, Menschen und Unternehmen entlasten

Die Umsatzsteuer soll ab dem 1. Juli für ein halbes Jahr gesenkt werden. Der allgemeine Satz sinkt den Plänen zufolge von 19 auf 16 Prozent, der ermäßigte Satz von 7 auf 5 Prozent. Davon profitieren vor allem Bürgerinnen und Bürger mit normalem und geringem Einkommen, da sie einen höheren Anteil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben. Zugleich stärkt die Mehrwertsteuersenkung mit einem Volumen von 20 Milliarden Euro die Binnennachfrage und gibt der Wirtschaft einen kräftigen Schub.

Dasselbe Prinzip gilt für die Senkung der EEG-Umlage. Sie macht fast ein Viertel der Strompreise aus und würde ohne Gegenmaßnahmen in den nächsten Jahren deutlich steigen. Hohe Stromkosten aber treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders hart. Zudem schwächen sie die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Deshalb sehen die Eckpunkte des Konjunkturpakets vor, die EEG-Umlage für die Jahre 2021 und 2022 auf 6,5 bzw. 6,0 Cent pro Kilowattstunde zu senken. Der Bund will dafür einen Zuschuss in Höhe von elf Milliarden Euro leisten.

Zudem verhindert die Koalition mit einer Sozialgarantie, dass steigende Sozialversicherungsbeiträge für Beschäftigte und

Unternehmen in der Krise zur Belastung werden. Sie werden für die Jahre 2020 und 2021 bei maximal 40 Prozent gedeckelt. Damit Sozialleistungen nicht gekürzt werden, wird der Bund den Finanzbedarf der Sozialversicherungen decken.

Junge Menschen, Familien und Alleinerziehende unterstützen

Familien sind durch Schul- und Kitaschließungen besonders von den krisenbedingten Einschränkungen betroffen. Sie sollen für jedes Kind einen einmaligen Kinderbonus von 300 Euro erhalten. Der Bonus wird nicht auf Sozialleistungen (wie die Grundsicherung) angerechnet und stärkt vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Bei Eltern mit hohem Einkommen wird der Kinderbonus hingegen wie auch das Kindergeld mit dem Kinderfreibetrag verrechnet. Gleichzeitig ist der Kinderbonus in Höhe von insgesamt 4,3 Milliarden Euro ein ordentlicher Impuls für die Binnennachfrage.

Eine besondere Unterstützung soll es für Alleinerziehende geben. Für sie wird der sogenannte Entlastungsbetrag befristet auf die Jahre 2020 und 2021 von derzeit 1.908 Euro auf 4.000 Euro angehoben und damit mehr als verdoppelt. Dadurch zahlen Alleinerziehende weniger Steuern. So hat eine alleinerziehende Krankenpflegerin mit zwei Kindern bei einem Bruttoverdienst von rund 40 000 Euro jährlich rund 600 Euro zusätzlich zur Verfügung. Zusammen mit dem Kinderbonus sind es in diesem Jahr sogar 1.200 Euro.

Die Corona-Zeit hat nochmal deutlich vor Augen geführt: Leistungsfähige Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind für die Teilhabe unserer Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von zentraler Bedeutung. Die Schulen stehen hier vor großen Herausforderungen. Sie müssen ihre digitalen Lehrangebote ausbauen und für den Präsenzunterricht entsprechende Hygieneanforderungen einhalten. Das Konjunkturpaket sorgt hier für zusätzliche Impulse: Verabredet ist, dass Länder, die in den Jahren 2020 und 2021 Investitionsmittel für den Ganztagsausbau abrufen, diese Mittel im späteren Programmverlauf zusätzlich erhalten sollen. Außerdem soll die Förderung von digitalen Lernangeboten im Digitalpakt Schule ausgeweitet werden.

Auch beim Ausbau der Kindertagesbetreuung erhöht die Koalition das Tempo. In den Jahren 2020 und 2021 unterstützt der Bund die Länder und Gemeinden mit einer Milliarde Euro zusätzlich, um Betreuungsplätze zu schaffen und in die Ausstattung zu investieren. Die zusätzlichen Investitionen in Bildung und Betreuung leisten einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit von Kindern, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nicht zuletzt auch für mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Zudem spannt die Koalition einen Schutzschirm für Auszubildende. Schulabgängerinnen und Schulabgänger sollen trotz der aktuellen Situation eine Ausbildung beginnen können, Auszubildende ihre laufende Ausbildung ordentlich zu Ende bringen können. Deshalb soll es Prämien für Betriebe geben, die ihre Ausbildungsplätze erhalten oder erhöhen beziehungsweise Auszubildende aus insolventen Firmen übernehmen.

Hilfe für Städte und Gemeinden

Die Unterstützung der Kommunen war der SPD-Bundestagsfraktion in den Verhandlungen des Konjunkturpakets ein besonderes Anliegen. Städte und Gemeinden sichern die Daseinsvorsorge und ermöglichen gute Lebensbedingungen vor Ort. Sie müssen handlungsfähig sein und investieren können. Deshalb werden sie mit dem Konjunkturprogramm kräftig entlastet. Sie erhalten einen Ausgleich für die krisenbedingten Ausfälle bei der Gewerbesteuer: Der Bund übernimmt die Hälfte (rund 5,9 Milliarden Euro), die andere Hälfte sollen die Länder tragen. Außerdem übernimmt der Bund künftig bis zu 75 (statt 50) Prozent der Unterkunftskosten für Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung. Das entspricht einer Entlastung um etwa vier Milliarden Euro pro Jahr. Auch beim öffentlichen Personennahverkehr in den Kommunen gibt es Unterstützung: Hier wird der Bund den Ländern mit 2,5 Milliarden Euro zusätzlich bei der Finanzierung helfen, da die Fahrgeldeinnahmen krisenbedingt stark gesunken sind. Die Entlastungen schaffen bei den Kommunen wichtigen Investitionsspielraum – und sind damit ein wichtiger Impuls für die Konjunktur. Denn Städte und Gemeinden tätigen rund zwei Drittel der öffentlichen Investitionen.

Engpässe überbrücken, Branchen unterstützen

Zahlreiche Unternehmen, vor allem aber auch kleine und mittelständische Betriebe, haben weiterhin mit erheblichen Umsatzeinbrüchen zu kämpfen. Um ihre Existenz zu sichern, hat die Koalition ein Programm mit Überbrückungshilfen in Höhe von 25 Milliarden Euro beschlossen. Damit erhalten betroffene Unternehmen in den Monaten Juni bis August weitere Unterstützung bei der Finanzierung laufender Betriebskosten. Von dem Programm sollen besonders Branchen wie etwa das Hotel- und Gaststättengewerbe, Jugendherbergen, Schausteller, Reisebüros, Reisebus- und Veranstaltungsunternehmen, aber auch Einrichtungen der Behindertenhilfe profitieren. Zudem sollen Unternehmen über steuerliche Maßnahmen und bessere Abschreibungsregeln für die Jahre 2020 und 2021 mehr Liquidität erhalten. Sie können bewegliche Wirtschaftsgüter dann schneller abschreiben und in diesem Jahr entstehende Verluste umfassender mit Gewinnen aus 2019 verrechnen.

Auch für die Kulturbranche baut die Koalition Brücken, um durch die verlustreiche Zeit zu kommen. Denn größere Kulturveranstaltungen mit Publikum sind weiterhin nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich. Mit einem Hilfsprogramm für den Kulturbereich steht eine Milliarde Euro bereit, um die Kulturprojekte und die Kulturinfrastruktur in Deutschland zu stützen. Die Länder werden ebenfalls aktiv. Außerdem wird es ein Kredit-Sonderprogramm der KfW im Umfang von einer Milliarde Euro für gemeinnützige Organisationen geben. Dies schließt unter anderem Jugendherbergen, Familienferienstätten und Schullandheime ein.

Nachhaltige Zukunft gestalten

Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, dass Deutschland gestärkt aus der Krise kommt. Mit dem Konjunkturprogramm legt die Koalition den Grundstein dafür. Investitionen in die

Modernisierung des Landes und der Wirtschaft sollen den nötigen Strukturwandel vorantreiben und gestalten. Dafür hat die Koalition ein 50 Milliarden Euro schweres „Zukunftspaket“ geschnürt, das Maßnahmen für Klimaschutz und Digitalisierung ebenso umfasst wie Investitionen in das Gesundheitswesen.

Mehr Tempo bei Energie- und Mobilitätswende

Zentral für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes ist die Energie- und Mobilitätswende. Denn hier verbinden sich die Themen Klimaschutz und Zukunftstechnologien, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Mit verschiedenen Maßnahmen knüpft die Koalition an das Klimaschutzprogramm an und setzt noch stärkere Anreize für Investitionen in Zukunftstechnologien. Ein wichtiges Ziel ist dabei die Stärkung des Automobil-sektors mit bis zu zehn Milliarden Euro, der auf seinem Weg hin zu klimafreundlichen Antrieben einen enormen Strukturwandel vor sich hat. Um den Austausch hin zu emissionsfreien Fahrzeugen zu beschleunigen, verdoppelt der Bund seinen Anteil an der Umweltprämie für den Kauf eines Elektroautos: Bei Nettolistenpreisen bis 40.000 Euro soll die Prämie von 3.000 auf 6.000 Euro steigen – zusätzlich zur Prämie der Industrie. Zudem fördert der Bund mit einem Bonus-Programm Zukunftsinvestitionen der Hersteller und Zulieferer in der Automobilindustrie und investiert zusätzlich 2,5 Milliarden Euro in den schnellen Ausbau des Ladesäulennetzes sowie in die Forschung im Bereich Elektromobilität. Auch die Umstiege von Fahrzeug-, Bus- und LKW-Flotten auf Elektromobilität sollen gefördert werden.

Zudem werden sieben Milliarden Euro zusätzlich in die Zukunftstechnologie Wasserstoff investiert. Deutschland und Europa sollen Leitmärkte für eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft werden und deutsche Unternehmen ihre Vorreiterrolle weiter stärken. Um den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzubringen, wird der Deckel für Photovoltaik abgeschafft, der bislang die Förderung von Solaranlagen künstlich begrenzt. Kommunen sowie Anwohnerinnen und Anwohner sollen zudem stärker von den finanziellen Erträgen von Windrädern profitieren.

Digitalisierung anschieben

Auch die Digitalisierung soll einen weiteren Schub bekommen, vor allem im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Die Digitalisierung der Wirtschaft soll über erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten für digitale Wirtschaftsgüter, den Aufbau einer souveränen Infrastruktur sowie ein Förderprogramm für den Auf- und Ausbau von Plattformen weiter gefördert werden.

Dazu gehört auch ein flächendeckendes 5G-Netz bis zum Jahr 2025: Die neue Mobilinfrastrukturgesellschaft soll mit fünf Milliarden Euro ausgestattet werden, um den Netzausbau in Gebieten zu ermöglichen, die von den Ausbaupflichtungen der Mobilfunkbetreiber nicht abgedeckt sind.

Zwei weitere Milliarden Euro will die Koalition bis 2025 zusätzlich in Künstliche Intelligenz (KI) investieren, um ein wettbewerbsfähiges europäisches KI-Netzwerk zu unterstützen.

Außerdem stellt der Bund Mittel für den Bau von mindestens zwei Quantencomputern bereit.

Gesundheitswesen stärken

Das deutsche Gesundheitswesen hat sich in der ersten Phase der Corona-Pandemie als robust erwiesen und dafür gesorgt, dass wir die Krise gut gemeistert haben. Dennoch hat die Pandemie auch Defizite offengelegt.

Darauf reagiert die Koalition, indem sie vier Milliarden Euro bereitstellt, um in den Gesundheitsämtern unter anderem zusätzlich erforderliche Stellen sowie technische und digitale Auf- und Ausrüstung zu finanzieren.

Auch die Ausstattung der Krankenhäuser wird verbessert. Mit drei Milliarden Euro sollen Investitionen in Notfallkapazitäten, digitale Infrastruktur, in IT- und Cybersicherheit des Gesundheitswesens sowie in gezielte Entwicklung und Stärkung regionaler Versorgungsstrukturen gefördert werden. Schließlich will die Koalition die inländische Produktion wichtiger Arzneimittel und Medizinprodukte zusätzlich mit einer Milliarde Euro fördern und die Mittel für Impfstoffentwicklung weiter erhöhen.

Europäische und internationale Solidarität

Deutschland und Frankreich haben eine gemeinsame Initiative zur wirtschaftlichen Erholung Europas vorgestellt, die auch die EU-Kommission aufgegriffen hat. Während der deutschen Ratspräsidentschaft geht es darum, ein europäisches Erholungsprogramm bis zum Jahresende umzusetzen.

Die Auswirkungen der Corona-Krise sind auch in Entwicklungs- und Schwellenländern dramatisch. Deshalb wird Deutschland zusätzliche Finanzmittel bereitstellen, die sowohl der Bekämpfung der Pandemie als auch der Ausweitung der humanitären Hilfe und gesundheitlichen Vorsorge dienen. Vorgesehen sind drei Milliarden Euro zusätzlich bis 2021.

Umsetzung des Konjunkturpakets hat begonnen

Um die im Koalitionsausschuss verabredeten Eckpunkte des Konjunkturpakets rasch umzusetzen, haben Bundesregierung und Koalitionsfraktionen in dieser Woche mehrere Gesetzesvorlagen in den Bundestag eingebracht. Sie sollen bereits bis Anfang Juli beschlossen werden.

Nachtragshaushalt

Dank der soliden Finanzpolitik der letzten Jahre ist der Bund finanziell handlungsfähig. Um das Konjunkturpaket zu finanzieren, hat die Bundesregierung den Entwurf eines zweiten Nachtragshaushalts 2020 in den Bundestag eingebracht. Einen ersten Nachtragshaushalt hatte der Bundestag bereits im März beschlossen, um Maßnahmen zur Abmilderung der Krisenfolgen zu finanzieren.

Mit dem Zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 sollen nun mit rund 103 Milliarden Euro die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden, um das Konjunkturpaket schnell und entschlossen umzusetzen. So werden beispielsweise die geplante Mehrwertsteuersenkung und der Kinderbonus ausfinanziert. Allein diese Entlastungen summieren sich auf 24 Milliarden Euro. Für Überbrückungshilfen zur Sicherung der Existenz kleiner und mittlerer Unternehmen werden 25 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Parallel soll die Finanzkraft der Kommunen gestärkt werden, in dem der Bund die Gewerbesteuerausfälle von über sechs Milliarden Euro kompensiert, die Städte und Gemeinden bei der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) unterstützt und bei den Kosten der Unterkunft aus der Grundsicherung dauerhaft entlastet. Darüber hinaus sind beispielsweise eine Milliarde Euro zusätzlich für den Digitalpakt Schule und fünf Milliarden Euro für den 5G-Ausbau vorgesehen. Einen Innovationsschub sollen auch die 26 Milliarden Euro anstoßen, die in den Klimaschutz investiert werden, etwa in die Umsetzung der Wasserstoffstrategie, die Gebäudesanierung und die Senkung der EEG-Umlage.

Insgesamt machen die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in diesem Jahr Kredite in Höhe von rund 218,5 Milliarden Euro erforderlich. Damit wird die nach der Schuldenregel im Grundgesetz zulässige Obergrenze der Verschuldung um knapp 119 Milliarden Euro überschritten. Aus Sicht der Koalition handelt es sich aber um eine außergewöhnliche Notsituation, die eine Überschreitung der Obergrenze gemäß Artikel 11 Absatz 2 Satz 6 erforderlich macht.

Haushaltsbegleitgesetz

Der Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes (Gesetz über begleitende Maßnahmen zur Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets) flankiert den geplanten Nachtragshaushalt, in dem es gesetzliche Grundlagen schafft, die erforderlich sind, um bestimmte Investitionen zu tätigen. Konkret geht es um zusätzliche Mittel für die Mobilfunkinfrastruktur, die Kindertagesbetreuung und den ÖPNV. Außerdem wird die gesetzliche Voraussetzung für die Senkung der EEG-Umlage geschaffen.

Zweites Corona-Steuerhilfegesetz

Mit dem geplanten „Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz“ sollen zentrale steuerliche Maßnahmen umgesetzt werden, mit denen die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger erhöht und Anreize für Investitionen in Unternehmen gesetzt werden. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem Regelungen zur befristeten Senkung der Umsatzsteuer, einen Kinderbonus von 300 Euro pro Kind für Familien sowie die steuerliche Entlastung von Alleinerziehenden vor. Unternehmen erhalten mehr Liquidität und zusätzliche Investitionsanreize durch schnellere Abschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter, eine vorübergehende Ausweitung der Verlustverrechnung und eine höhere steuerliche Forschungszulage.

Neuer Schub für Wind- und Sonnenenergie

Bereits umgesetzt hat der Bundestag in dieser Woche wichtige Verabredungen des Konjunkturpakets zum Ausbau der erneuerbaren Energien: Die Deckelung beim Ausbau von Solarstrom fällt weg. Zudem erleichtert eine neue Regelung den Ausbau von Windkraftanlagen.

Ein großer Schritt für mehr erneuerbare Energien

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien hat der Bundestag in dieser Woche einen großen Schritt nach vorne beschlossen: Die Deckelung beim Ausbau des Solarstroms fällt weg. Außerdem wird der Bau von Windkraftanlagen erleichtert und das Energierecht für Gebäude vereinheitlicht.

Der Ausbau von Solaranlagen wird nicht mehr länger künstlich begrenzt. Um einen drohenden Förderstopp bei Solaranlagen abzuwenden, hat sich die SPD-Fraktion in monatelangen schwierigen Verhandlungen mit der Union für eine zügige und bedingungslose Abschaffung des sogenannten Solardeckels eingesetzt. Jetzt ist es beschlossene Sache: Der 52-Gigawatt-Deckel beim Solarstrom fällt zukünftig weg. Das bedeutet, dass auch nach dem Erreichen von 52 Gigawatt Solarstrom weiterhin der Aufbau von Photovoltaik-Anlagen gefördert werden kann.

Um den Ausbau von Windrädern zu erleichtern, wurde die Einführung einer Länderöffnungsklausel im Baugesetzbuch für Windenergie an Land beschlossen. Diese räumt den Ländern die Möglichkeit ein, Mindestabstände von bis zu 1000 Metern zwischen Windenergieanlagen und Wohngebäuden in ihren Landesgesetzen aufzunehmen. Eine strikte bundesweite 1.000-Meter-Abstandsregelung bei Windkraft, die den Ausbau blockieren würde, ist damit vom Tisch.

Einheitliches Regelwerk für klimafreundliche Gebäude

Für die energetischen Anforderungen an Gebäude und den Einsatz von erneuerbaren Energien zur Wärme- und Kälteversorgung von Gebäuden gilt künftig ein einheitliches, aufeinander abgestimmtes Regelwerk. Dazu werden bestehende Gesetze in einem neuen Gebäudeenergiegesetz zusammengeführt. Konkret löst das neue Gesetz das bisherige Energieeinspargesetz, die Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Wärme-Gesetz ab. Durch die Vereinheitlichung des Rechtsrahmens sollen die Regelungen kohärenter und ihre Anwendung einfacher werden. Das Gebäudeenergiegesetz folgt dabei weiterhin dem Ansatz, einerseits den Energiebedarf von Gebäuden zu minimieren (z.B. durch eine effiziente Anlagentechnik und baulichen Wärmeschutz) und andererseits möglichst viel erneuerbare Energien zu nutzen.

Neben der Vereinheitlichung des Rechtsrahmens sind verschiedene Neuregelungen beschlossen worden, mit denen unter anderem Ergebnisse des Wohngipfels, Vereinbarungen aus dem Klimaschutzprogramm sowie Vorgaben der Europäischen Union umgesetzt werden. So wird festgelegt, dass die energetischen Anforderungen

für Neubauten und Bestandsgebäude im Jahr 2023 überprüft werden. Der Einbau neuer Ölheizungen wird ab dem Jahr 2026 untersagt. Die Möglichkeiten, die energetischen Standards bei Neubauten zu erfüllen, werden flexibilisiert, etwa durch eine bessere Anrechnung von gebäudenah erzeugtem Strom aus erneuerbaren Energien. Mit dem sogenannten Modellgebäudeverfahren wird ein alternatives gleichwertiges Nachweisverfahren für Wohngebäude eingeführt, bei dem keine Berechnungen erforderlich sind.

Die Energieeffizienz von Gebäuden ist ein wichtiger Baustein, um die Klimaziele in Deutschland zu erreichen. Bis 2050 soll der Gebäudesektor weitestgehend klimaneutral sein.

Reisegutscheine werden attraktiver

Wenn Reiseveranstalter wegen der Coronakrise Pauschalreisen absagen müssen, können die Kundinnen und Kunden ihr Geld zurückverlangen. Das kann die Veranstalter in existenzielle Schwierigkeiten bringen. Damit stattdessen Reisegutscheine für die Verbraucherinnen und Verbraucher attraktiver werden, sichert der Staat diese künftig gegen Insolvenz ab.

Die weltweiten Reisebeschränkungen stellen viele Reiseveranstalter vor existenzbedrohende Zahlungsengpässe, weil sie den Reisenden ihre Vorauszahlungen erstatten müssen. Deshalb soll es Reiseveranstaltern ermöglicht werden, ihren Kundinnen und Kunden stattdessen Gutscheine für spätere Pauschalreisen anzubieten, die zusätzlich vom Staat gegen Insolvenz abgesichert sind. Dies sieht ein Gesetzentwurf vor, den die Bundesregierung in den Bundestag eingebracht hat. Durch die staatliche Absicherung sollen die Gutscheine so attraktiv werden, dass sie von den Kundinnen und Kunden angenommen werden. Für sie bleibt dies freiwillig. So sehen es verbindliche Vorgaben der Europäischen Union vor.

Konkret sieht der Gesetzentwurf folgende Regelungen vor:

Bei Reisen, die vor dem 8. März 2020 gebucht wurden und wegen der Corona-Pandemie nicht durchgeführt werden können, kann der Reiseveranstalter den Reisenden einen Reisegutschein in Höhe des vorab bezahlten Kaufpreises anbieten.

Die Reisenden können den Gutschein ablehnen. Sie behalten dann ihren Anspruch, ihr bezahltes Geld sofort zurückzubekommen.

Der Gutschein wird von der bestehenden gesetzlichen Insolvenzversicherung umfasst. Ergänzend erfolgt eine staatliche Absicherung.

Ein abgesicherter Reisegutschein verliert spätestens am 31. Dezember 2021 seine Gültigkeit. Wird er bis dahin nicht eingelöst, müssen die Vorauszahlungen unverzüglich erstattet werden.

Durch diese Regelung ist es für Kundinnen und Kunden in vielen Fällen sicherer, einen Gutschein anzunehmen, statt sofort auf einer Erstattung des Preises zu bestehen. Wenn viele Reisenden ihr Geld zurückfordern und ein Reiseveranstalter dadurch

Insolvenz anmelden muss, wäre ihr Anspruch nur zum Teil abgesichert. Der Gutschein hat für die Verbraucherinnen und Verbraucher hingegen den Vorteil, dass der Wert zu 100 Prozent staatlich garantiert wird.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort

Wenn Beschäftigte zum Arbeiten in andere EU-Länder geschickt werden, darf das kein Einfallstor für Lohndumping, schlechte Arbeitsbedingungen und unfaire Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt sein. Die EU hat deshalb Änderungen der Entsenderichtlinie beschlossen, die jetzt in nationales Recht umgesetzt werden. Das Ziel: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Arbeit in anderen Ländern der Europäischen Union ist heute längst selbstverständlich. Betriebe übernehmen immer häufiger Aufträge in anderen EU-Staaten und entsenden dann ihre Beschäftigten dorthin. Dabei muss es fair, verlässlich und sozial gerecht zugehen. Das wurde 1996 mit der sogenannten Entsenderichtlinie erstmals EU-weit geregelt. Dabei wurden Mindestbedingungen festgelegt: Mindestlöhne, Mindesturlaub, Höchstarbeitszeiten sowie Mindestruhezeiten und andere Arbeitsschutzvorschriften.

Seither hat die Anzahl der Entsendungen weiter stark zugenommen. Das hat die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Lage in der EU verändert. Teilweise kam es zu unfairem Wettbewerb, Rechtsunsicherheiten und unlauteren Geschäftspraktiken. Deshalb hat die EU die Entsenderichtlinie geändert, um faire Wettbewerbsbedingungen durchzusetzen und Lohndumping wirkungsvoll zu bekämpfen.

Mit dem Gesetz zur Entsenderichtlinie, das der Bundestag in dieser Woche beschlossen hat, werden die neuen europäischen Vorgaben in nationales Recht umgesetzt. Damit werden der Schutz und die Rechte der Beschäftigten deutlich ausgeweitet. Was hier gesetzlich oder in bestimmten Tarifverträgen für die Entlohnung gilt (verschiedene Lohnstufen, Zulagen oder Sachleistungen, die Teil der Entlohnung sind), muss auch für alle gezahlt werden, ob hier beschäftigt oder hierher entsandt. Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten dürfen nicht vom Lohn abgezogen werden.

Wenn die im Gesetz aufgelisteten Arbeitsbedingungen in deutschlandweit geltenden allgemeinverbindlichen Tarifverträgen geregelt sind, gelten sie künftig auch für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – und zwar in allen Branchen. Bislang galt dies nur für das Baugewerbe. Unabhängig davon, ob der Entleihbetrieb im In- oder Ausland ansässig ist, werden zudem alle grenzüberschreitend eingesetzten Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter erfasst.

Außerdem profitieren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für eine lange Zeit entsandt werden, von allen in Deutschland vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen. Das gilt sowohl für Arbeitsbedingungen, die gesetzlich festgelegt sind, als auch für solche, die sich aus allgemeinverbindlichen Tarifverträgen ergeben. Arbeitgeber mit Sitz im Ausland müssen künftig wie

Betriebe in Deutschland den anwendbaren allgemeinverbindlichen bundesweiten oder auch regionalen Tarifvertrag einhalten.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Europäischen Union kennen ihre Rechte nicht. Um das zu ändern, hat sich die Beratung des Projekts „Faire Mobilität“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes bestens bewährt. Umso wichtiger ist es, das Angebot auf finanziell sichere Beine zu stellen: Mit dem Gesetz wird „Faire Mobilität“ deshalb aus der Projektförderung in eine verlässliche Finanzierung überführt.

Schließlich sollen die Kontrollen wirksamer werden: Mit rund 1.000 neuen Stellen beim Zoll wird dafür gesorgt, dass die Regeln auch eingehalten werden.

Unternehmen vor ausländischen Übernahmen schützen

Unternehmen, die für die öffentliche Ordnung und Sicherheit von Bedeutung sind, sollen wirksamer vor ausländischen Übernahmen geschützt werden. Der Bundestag hat dazu Änderungen des Außenwirtschaftsgesetzes beschlossen.

Nicht erst seit der Corona-Krise ist das Interesse ausländischer Investoren groß, deutsche Unternehmen günstig einzukaufen. Das betrifft auch Unternehmen, die wichtig für die öffentliche Ordnung in Deutschland sind, etwa in Gesundheitswirtschaft, Hochtechnologie oder Energieversorgung. Nicht zuletzt die Diskussionen um geplante chinesische Beteiligungen am Netzbetreiber 50Hertz oder der Erwerb des Roboterherstellers Kuka durch chinesische Investoren hat die Notwendigkeit einer Investitionsprüfung stärker in den öffentlichen Fokus gerückt. Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft nachhaltig zu sichern und sie vor einem Ausverkauf zu bewahren, werden Mechanismen benötigt, um Unternehmensübernahmen wirksam zu prüfen.

Der Verkauf von Unternehmen an außereuropäische Erwerber soll deshalb künftig mit neuen und deutlich strengeren Maßstäben durch das Bundeswirtschaftsministerium geprüft werden. Kritische Unternehmenserwerbe können „vorausschauender“ geprüft werden. Da in letzter Zeit vermehrt auch andere EU-Mitgliedstaaten entsprechende Prüfverfahren eingeführt haben, rücken nun auch die europäischen Auswirkungen von Unternehmensübernahmen stärker in den Fokus der Prüfung. Es kommt zukünftig darauf an, ob ein Erwerb zu einer „voraussichtlichen Beeinträchtigung“ der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit in Deutschland oder Europa führt. Bisher war eine „tatsächliche Gefährdung“ maßgeblich.

Geregelt wird außerdem, dass der Vollzug aller meldepflichtigen Erwerbe während einer laufenden Investitionsprüfung künftig schwebend unwirksam ist. Zuwiderhandlungen gegen spezifische Unterlassenpflichten werden als Straftat (Vorsatz)

bzw. Ordnungswidrigkeit (Fahrlässigkeit) eingestuft. Mit dem Gesetz wird das deutsche Investitionsprüfungsrecht an die im April 2019 in Kraft getretene EU-Screening-Verordnung angepasst und europäisches Recht umgesetzt.

Für die SPD-Fraktion ist klar: Ausländische Investitionen sind wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaftsordnung. Sie schaffen Arbeitsplätze in Deutschland und tragen zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Einen Ausverkauf der deutschen Wirtschaft in der Corona-Krise darf es aber nicht geben. Mit der Novelle wird sichergestellt, dass Deutschland einer der offensten Investitionsstandorte weltweit bleibt und zugleich das Schutzniveau für die öffentliche Ordnung und Gesundheit in unserem Land den Herausforderungen unserer Zeit entspricht.

Rechtsextremismus und Hasskriminalität bekämpfen

Der Bundestag hat ein Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität beschlossen. Wer im Netz hetzt und droht, soll demnach härter und effektiver verfolgt werden. Wer sich politisch oder gesellschaftlich engagiert, wird besser gegen Anfeindungen geschützt.

Mehr als drei Viertel aller von der Polizei registrierten Hasskommentare sind rechtsextremistisch. Und nicht selten werden aus diesen Worten auch Taten. Im Schnitt kommt es in Deutschland jeden Tag zu zwei rechtsextremen Gewalttaten. Rassismus und Rechtsextremismus führen zu Hass. Hass führt zu Bedrohungen und diese Bedrohungen führen zu Gewalt.

Die SPD-Fraktion schaut nicht tatenlos zu, wie sich Hass und Hetze im Internet ausbreiten. Die Morde in Hanau, Halle und Kassel zeigen, wie schnell aus Worten Taten werden. Der Bundestag hat deshalb am Donnerstag auf Initiative von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität beschlossen.

Höhere Strafen und konsequente Strafverfolgung

Mit dem Gesetz verschärft die Koalition das Strafrecht und sorgt dafür, dass Hetze und Bedrohung im Netz künftig härter und effektiver verfolgt werden können. Der Strafrahmen bei Mord- und Vergewaltigungsdrohungen im Netz wird von bis zu einem auf bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe erhöht. Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden vor Diffamierungen und Anfeindungen besser geschützt. Antisemitische Tatmotive können künftig strafscharfend von den Strafgerichten berücksichtigt werden.

Auch die Plattformen, auf denen Hasskommentare veröffentlicht werden, werden stärker in die Pflicht genommen: Sie sollen künftig nicht mehr nur löschen, sondern bestimmte strafbare Postings wie Volksverhetzungen, Neonazi-Propaganda, Mord- und Vergewaltigungsdrohungen sowie die Verbreitung von Kinderpornografie dem Bundeskriminalamt melden. Das gilt auch für Fälle,

in denen Frauen mit Vergewaltigungsfantasien bedroht werden. Denn Hass und Hetze im Netz zielen besonders auf Frauen und dabei besonders häufig auf Frauen mit Migrationshintergrund. Ziel ist es, all diese Hass-Straftaten konsequent vor Gericht zu bringen.

Engagierte Menschen besser schützen

Das betrifft auch Drohungen gegenüber Menschen, die sich politisch oder gesellschaftlich engagieren. Anfeindungen und Einschüchterungsversuche sind für viele Engagierte trauriger Alltag geworden. Für die SPD-Fraktion ist klar: Unsere Demokratie gerät in Gefahr, wenn sich Bürgerinnen und Bürger aufgrund von Drohungen aus Vereinen, Initiativen oder der örtlichen Politik zurückziehen müssen.

Das Gesetz sieht deshalb unter anderem Änderungen im Melderecht vor. Gefährdete Personen können künftig leichter eine Auskunftssperre eintragen lassen und so davor geschützt werden, dass ihre Adressen weitergegeben werden. So wird verhindert, dass private Adressen von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern oder gesellschaftlich Engagierten gezielt im Netz veröffentlicht werden können.

Außerdem wird klargestellt, dass der besondere Schutz von Personen des politischen Lebens vor übler Nachrede und Verleumdung auch für Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen gilt.

Arbeitslosigkeit in Europa verhindern

Finanzschwache EU-Länder sollen in der Corona-Krise durch günstige Kredite der Europäischen Union dabei unterstützt werden, Kurzarbeit zu finanzieren und Arbeitslosigkeit zu verhindern. Deutschland wird sich an der Absicherung des Programms mit einer Bundesgarantie beteiligen.

Das neue EU-Instrument zur „vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitsloskeitsrisiken in Ausnahmesituationen“ (SURE - Support mitigating Unemployment Risks in Emergency) soll dazu beitragen, durch die Coronavirus-Pandemie bedrohte Arbeitsplätze und Erwerbstätige zu schützen. Die finanzielle Unterstützung soll sich auf insgesamt bis zu 100 Mrd. Euro belaufen und den Mitgliedstaaten in Form von EU-Darlehen zu günstigen Bedingungen gewährt werden. Solche Darlehen sollen den Mitgliedstaaten dabei helfen, den plötzlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben zu bewältigen, der mit Maßnahmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen einhergeht. Dazu können etwa die Einführung oder Ausweitung nationaler Kurzarbeitsregelungen und ähnlicher Maßnahmen für Selbstständige gehören, die in Reaktion auf die Corona-Pandemie ergriffen werden.

Zur Finanzierung sind von allen Mitgliedstaaten Garantien nötig. Deren Höhe bemisst sich am jeweiligen Anteil an der Wirtschaftskraft. Für den deutschen Anteil wird eine Bundesgarantie in Höhe von rund 6,4 Mrd. Euro benötigt. Das SURE-Gewährleistungsgesetz, das der Bundestag

beschlossen hat, sieht vor, diese Garantie zu übernehmen.

Das Instrument ist ein wichtiger Beitrag für eine gemeinsame und solidarische europäische Antwort auf die Corona-Pandemie. Weitere Bausteine, auf die sich die Eurogruppe im April verständigt hat, sind zum einen ein neuer Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank, mit dem kleinen und mittleren Unternehmen geholfen wird. Zum anderen dient eine vorsorgliche Kreditlinie (ECCL) aus dem bereits bestehenden Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) der Stärkung von Gesundheitssystemen.

Frieden im Kosovo sichern

Die Bundeswehr beteiligt sich weiterhin an der internationalen Sicherheitspräsenz in der Republik Kosovo (KFOR). Einem entsprechenden Antrag der Bundesregierung hat der Bundestag zugestimmt.

Deutsche Soldatinnen und Soldaten unterstützen seit 1999 die militärische Absicherung der UN-Friedensregelung für das Kosovo. Der Bundeswehreinsatz trägt auch zur Stabilisierung der Region und zum Aufbau von Sicherheitsstrukturen bei. Grundlagen sind eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und regelmäßige Beschlüsse der Nato.

Die Lage in der Republik Kosovo ist weiterhin überwiegend ruhig und stabil. Allerdings verbleibt nach wie vor ein Konflikt- und Eskalationspotenzial, insbesondere im Norden Kosovos. Auch für die Zukunft kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein unerwarteter Zwischenfall oder politische Instabilitäten zu einer Anspannung der Lage führen könnten.

Die Beteiligung deutscher Streitkräfte am KFOR-Einsatz wurde in den vergangenen Jahren entlang der NATO-Planungen schrittweise verringert auf derzeit bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten. Diese Obergrenze wird beibehalten. Gleichzeitig wird gewährleistet, dass die Bundeswehr bei einer unerwarteten Verschlechterung der Sicherheitslage dennoch schnell und flexibel reagieren könnte.

Das Mandat zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an KFOR ist grundsätzlich nicht befristet. Eine konstitutive Befassung des Bundestages erfolgt alle zwölf Monate, wenn eine Fraktion dies wünscht. Seit über zehn Jahren ist es die SPD-Fraktion, die regelmäßig die konstitutive Beschlussfassung verlangt – sowohl in Oppositions- als auch in Regierungszeiten. Das unterstreicht die große Bedeutung, die die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dem Bundestag bei der Frage von Bundeswehreinsätzen beimessen.

Friedensmission im Nahen Osten fortsetzen

Die Beteiligung deutscher Soldatinnen und Soldaten an der Friedensmission UNIFIL der Vereinten Nationen im Nahen Osten wird um ein Jahr verlängert. Das Parlament hat der Fortsetzung des Bundeswehreinsatzes zugestimmt.

Die UN-Mission UNIFIL im Nahen Osten leistet einen wichtigen Beitrag, um die Region sicherheitspolitisch zu stabilisieren und die Waffenruhe zwischen Israel und Libanon abzusichern. Deutschlands langjähriges maritimes Engagement im Rahmen von UNIFIL

hatte bisher einen deutlich positiven Einfluss. Es umfasst auch die Ausbildung der libanesischen Marine zur besseren seeseitigen Grenzsicherung. UNIFIL bietet ebenfalls eine Kommunikationsplattform für direkte Kontakte zwischen Libanon und Israel, sodass mögliche Konflikte bereits im Vorfeld verhindert werden können.

Das Bundeswehrmandat wird ohne wesentliche Änderungen bis zum 30. Juni 2021 fortgesetzt. Das Mandat sieht den Einsatz von bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten vor.

Vorschläge für ein neues europäisches Asylsystem

Die Europäische Union braucht eine humanitäre, langfristige und belastbare Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 muss genutzt werden, um die festgefahrenen Verhandlungen wieder aufzunehmen und eine Einigung zu erreichen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat Vorschläge für ein neues europäisches Asylsystem beschlossen. Das Konzept enthält detaillierte Vorschläge zu Verfahren und Verteilung und soll Humanität und Solidarität zusammenbringen.

Ziel der SPD-Fraktion ist es, das Dublin-System durch ein funktionierendes gemeinsames europäisches Asylverfahren abzulösen. Das Asylsystem soll so weiter europäisiert und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) dafür zu einer richtigen europäischen Asylagentur ausgebaut werden.

Europaweit sollen offene Asylzentren auf EU-Territorium geschaffen werden, die sich an den Standard der deutschen Einrichtungen anlehnen und in denen alle Schutzsuchenden ein faires Asylverfahren mit einer maximalen Verfahrensdauer von drei Monaten erhalten. Dazu zählt für die SPD-Fraktion, dass eine einheitliche Rechtsanwendung sowie der Zugang zu Beratung und Rechtsbeistand ebenso gewährleistet sind wie verbindliche Höchstbelegungszahlen und Höchstaufenthaltszeiten. Erst bei positivem Ausgang des Verfahrens soll eine solidarische Verteilung auf die Mitgliedstaaten erfolgen.

Gleichzeitig wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die gegenseitigen Schulduweisungen beenden: Staaten, die keine Geflüchteten aufnehmen wollen, müssen das System über den EU-Haushalt mitfinanzieren oder vergleichbare materielle oder personelle Leistungen erbringen. Damit setzt die SPD-Fraktion auf ein arbeitsteiliges Modell innerhalb der gemeinsamen Asylpolitik, das nicht von allen das Gleiche verlangt, sondern Geschichte, Stärken und Schwächen sowie Interessen der Partner berücksichtigt.

Außerdem will die SPD-Fraktion für anerkannte Geflüchtete die Möglichkeit schaffen, spätestens ein Jahr nach ihrer Anerkennung in einen anderen Mitgliedstaat umzuziehen, wenn sie dort einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplatz finden und in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Mit dem Positionspapier legt die SPD-Fraktion einen

umfassenden Vorschlag zum europäischen Asylsystem vor, der human und solidarisch ist.

Download des Positionspapiers (PDF-Datei):

www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier-menschlich-solidarisch-20200616neu.pdf

Urlaub im Sommer möglich – Chance für den nachhaltigen Tourismus

Der Sommerurlaub in Europa ist wieder möglich. Das freut mich sehr. Wenn uns die Krise aber ein lehrt, dann, dass es nicht so weiter gehen kann wie bisher. Dieses ‚neue‘ Reiseerlebnis mit Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen sollte uns grundsätzlich verdeutlichen, dass wir beim Reisen achtsam mit unseren Mitmenschen sein sollen. Das gleiche gilt auch für die Natur. Intakte Natur und Landschaft stellen attraktive Angebote für Tourismus und Erholung dar, die zunehmend genutzt werden. Umgekehrt kann der Tourismus durch bewusstes Reise- und Freizeitverhalten zum Schutz der Natur beitragen. Wir haben jetzt die Chance für einen nachhaltigen Tourismus.

Die Bundesregierung will die weltweite Reisewarnung für Touristen ab dem 15. Juni für 29 europäische Staaten aufheben. Das hat das Kabinett heute in einem Eckpunktepapier beschlossen. Danach soll die am 17. März für alle Länder der Welt verhängte Warnung vor touristischen Reisen durch individuelle Reisehinweise ersetzt werden, mit denen über die landesspezifischen Risiken informiert wird.

Die Tourismusbranche hat indes schwer mit den Auswirkungen des Coronavirus zu kämpfen. Ich befand mich im engen Austausch mit den Reisebüros in der Region, die von einer doppelten Belastung durch keinerlei Einnahmen und zusätzliche Rückzahlungen für stornierte Reisen berichteten. Aber auch strukturell steht die Reisewirtschaft vor großen Veränderungen. Aus meiner Sicht bieten Nachhaltigkeit, Komfort, Genuss und Gesundheit ein völlig neues Geschäftsmodell mit hohem Wachstumspotential.

Nachhaltiger Tourismus ist eine große Chance für diese Zeit, in der wir lernen, mit dem Coronavirus zu leben. Wer auf Nummer sicher gehen will, kann auch Urlaub in Deutschland machen. Intakte Natur und Landschaft sind nur einen Katzensprung entfernt. Hierzu bietet sich unsere wunderschöne Heimat zwischen Schwarzwald und Hochrhein an. Aktivtourismus wie Wandern oder Fahrradfahren schützt nicht nur das Klima, sondern nützt auch der lokalen Wirtschaft, die nach Monaten der Zwangspause dringend unsere Unterstützung braucht.

Über die Folgen der Corona-Krise in Löffingen

Austausch mit mittelständischen Unternehmen, Bürgermeister Link und Kommunalpolitikern über die Folgen der Corona-Krise in Löffingen

In Löffingen traf ich mich mit mittelständischen Unternehmer*Innen, Kommunalpolitikern und Bürgermeister Tobias Link um mich über die aktuelle Situation in Zeiten von Corona auszutauschen.



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter/A. Wunderle (v.l.n.r.): Michaela Knöpfle (Adrion Knöpfle Putz Stuck Trockenbau), Jennifer Sühr (Erstkandidatin Landtagswahlkreis 46), Mia Sanner (Zweitkandidatin Landtagswahlkreis 46), Rita Schwarzelühr-Sutter (Parlamentarische Staatssekretärin und SPD-Bundestagsabgeordnete), Thomas Seeler (Grieshaber-Feinmechanik), Bo Diehr (BoTravel), Tobias Link (Bürgermeister der Gemeinde Löffingen), Bianca Föhrenbach (Föhrenbach Positioniersysteme), Norbert Brugger (ehemaliger Bürgermeister von Löffingen und stellvertretender SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzender), Dieter Köpfler (Vorsitzender SPD-Ortsverein Löffingen).

Reisebüros, Handwerksunternehmen, Automobilzulieferer, Gastronomie und Hotellerie, viele gerade kleine und mittelständische Unternehmen bis zu den Kommunen spüren die teils dramatischen Folgen der Corona-Krise. Das Rettungspaket wurde schnell von der Bundesregierung auf den Weg gebracht. Mir ist wichtig, mich vor Ort, auszutauschen, um zu erfahren, was bisher gut gelaufen ist, wie z.B. das Kurzarbeitergeld, was nicht und auch was vom Konjunkturpaket erwartet wird.

Die Unternehmen berichteten über ihre Situation. Dabei wurde klar, dass sie ganz unterschiedlich betroffen sind. Im Baugewerbe und bestimmten Gewerken ist noch nicht erkennbar, wie es sich weiterentwickelt, während die Automobilzulieferbranche sich schon vor Corona mit strukturellen Veränderungen auseinandergesetzt hat, Reisebüros und die Gastronomie und Hotellerie sofort durch das Shutdown extrem konfrontiert waren. Und die Kommunen natürlich als Bildungsträger und Träger sozialer Einrichtungen

von Schulen, Kindergärten, Pflegeeinrichtungen etc. auch vor große - nicht nur finanzielle - Herausforderungen gestellt wurden.

Um die wirtschaftlichen Probleme infolge der Corona-Pandemie zu bewältigen, brauchen wir jetzt ein Konjunkturprogramm, das Familien unterstützt und unsere Wirtschaft wieder auf die Beine stellt. Dabei sind Investitionen in umwelt- und klimafreundliche Technologien wichtig. Und auch die Kommunen dürfen nicht bei der Erfüllung ihrer Aufgaben alleine gelassen werden. Wenn wir alle zusammenhalten, können wir das gemeinsam meistern.

Corona und der Deutsche Mobilitätspreis 2020

Im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket gegen die Auswirkungen des Coronavirus wird aktuell viel über eine Mobilitätsprämie diskutiert. Wir sollten uns dabei aber nicht auf die Frage der Antriebstechnologie verengen, sondern auch die digitale Vernetzung als große Chance für die Gestaltung der würdigen. Deshalb ist die Ausschreibung des Deutschen Mobilitätspreis in diesem Jahr besonders wichtig.

Mit dem Deutschen Mobilitätspreis und unter dem Motto „Intelligent unterwegs: Gemeinsam. Vernetzt. Mobil.“ suchen die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ab sofort innovative Leuchtturmprojekte und kreative Ideen, die das Potenzial digitaler Vernetzung für die Mobilität der Zukunft nutzen – insbesondere unter sich wandelnden Rahmenbedingungen wie der aktuellen Corona-Pandemie. Ob künstliche Intelligenz zur Optimierung von Logistikketten, Algorithmen zur Anpassung des öffentlichen Personenverkehrs an neue Abstandsregeln oder vernetzte Plattformen für intermodale Mobilitätsdienste: Digitale Vernetzung bietet große Chancen für die Gestaltung der Mobilität.

Potentielle Preisträger können sich jetzt online bis 07. Juli 2020 bewerben.

In diesem Jahr richtet sich der Wettbewerb erstmals parallel an zwei Zielgruppen:

- Unternehmen, Start-ups, Städte und Gemeinden, Universitäten oder Forschungsinstitutionen mit Sitz in Deutschland können mit ihren bereits erfolgreich umgesetzten Leuchtturmprojekten am Best-Practice-Wettbewerb teilnehmen.
- Zeitgleich hat auch jeder Bürger die Chance auf eine Auszeichnung im Ideenwettbewerb.

Die Gewinner können neben der Auszeichnung von professioneller Öffentlichkeitsarbeit und dem Zugang zu einem stetig wachsenden Netzwerk aus Multiplikatoren und Experten profitieren.

Weitere Informationen unter:

<https://land-der-ideen.de/wettbewerbe/deutscher-mobilitaetspreis>

Ergebnis des Koalitionsausschusses

Gut für die Kommunen im Landkreis Waldshut – allein im Landkreis Waldshut Ersparnis von knapp 3 Millionen Euro bei den Sozialleistungen für Unterkunft und Heizung

Vor Ausbruch des Coronavirus standen die Gemeinden im Landkreis Waldshut finanziell im Landesdurchschnitt gut da. Bonndorf, Bernau, Ibach und Dachsberg waren laut Statistischem Landesamt Baden-Württemberg sogar schuldenfrei. Allerdings gibt es auch Gemeinden, die aus unterschiedlichen Gründen in einer schwierigeren Situation sind. Durch die Coronakrise zeichnen sich nun massive Ausfälle bei der Gewerbesteuer ab. Damit die Gemeinden weiterhin finanziell handlungsfähig bleiben, unterstützt sie der Bund mit einem solidarischen Kommunalpakt 2020. Mit diesem werden die aktuellen krisenbedingten Ausfälle der Gewerbesteuereinnahmen kompensiert. Wichtig für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort ist, dass Aufgaben und Infrastruktur wie Kinderbetreuung, Schulen und Straßen aufrechterhalten werden können.

Der Koalitionsausschuss hat beschlossen, dass Bund und Länder die Defizite der Kommunen durch krisenbedingte wegfallende Gewerbesteuereinnahmen je zur Hälfte ausgleichen werden. Die Steuer ist eine Haupteinnahmequelle der Kommunen und wird jeweils zu einem Viertel am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November als Vorauszahlung der Gewerbetreibenden fällig. Mit der Gewerbesteuerumlage sind Bund und Land wiederum am Aufkommen der Gewerbesteuer in den Gemeinden beteiligt.

Außerdem soll der Bund künftig drei Viertel statt derzeit knapp die Hälfte der Miet- und Heizkosten von Hartz-IV-Beziehern übernehmen. Laut Haushaltsplan 2020 betragen die Aufwendungen für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende für Unterkunft und Heizung im Landkreis Waldshut ca. 11,6 Millionen Euro. Wenn der Bund hiervon künftig 75 Prozent übernimmt, ist das ein Ersparnis von ca. 3 Millionen Euro gegenüber der bisherigen Bundesbeteiligung von knapp 50 Prozent. Diese finanzielle Entlastung schafft Planungssicherheit.

Der Bund lässt unsere Heimatgemeinden nicht im Regen stehen. Wenn die Steuereinnahmen sinken und gleichzeitig die Einnahmen z.B. aus Ticketverkäufen für den Nahverkehr oder Schwimmbädern zurückgehen, müssen wir als Solidargemeinschaft dafür sorgen, dass unsere Kommunen handlungsfähig und lebenswert bleiben. Für mich ist auch das Thema Übernahme kommunaler Altschulden durch den Bund noch nicht erledigt.

SPD-Bundesfinanzminister Scholz hatte gefordert, Schulden aus kurzfristigen Krediten der Kommunalverwaltungen, sog. Kassenkredite, in Höhe von rund 45 Milliarden Euro hälftig von Bund und Ländern zu übernehmen. Kassenkredite erfordern hohe Tilgungszahlungen und erschweren so nachhaltige Investitionen von Kommunen in Kitas, Schulen und den öffentlichen Nahverkehr.

Verkehrsminister Hermann ist den Bürgerinnen und Bürgern eine Erklärung schuldig

Ab 14. Juni weniger Zughalte in Gundelfingen

Dass die Zugverbindungen für Gundelfingen ab Mitte Juni 2020 schlechter werden sollen, ist für mich nicht nachvollziehbar. Mit dem Klimapakete ist die bislang für 2020 vorgesehene Erhöhung der Regionalisierungsmittel auf 8,8 Milliarden Euro bereits um weitere 150 Millionen Euro aufgestockt worden. Mit dem Konjunkturpaket wird der Bund die Regionalisierungsmittel nochmals um 2,5 Milliarden Euro erhöhen. Die Bundesländer kriegen also mehr Geld für den Nahverkehr. Wenn jetzt das Angebot eingeschränkt wird, passt das nicht zusammen.

Der Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg, Winfried Hermann, der für den Nahverkehr zuständig ist und diesen bestellt, ist den Bürgerinnen und Bürgern eine Erklärung schuldig. Klimaschutz gelingt nur, wenn die Menschen vor Ort ein attraktives Angebot im öffentlichen Nahverkehr vorfinden.

Ab dem 14. Juni 2020 soll es laut einem dem Bürgermeister der Gemeinde Gundelfingen Raphael Walz vorliegenden Fahrplanentwurf weniger Halte in Gundelfingen geben. Insgesamt würden in Gundelfingen vier Verbindungen entfallen, obwohl im Verkehrskonzept auf der Rheintalbahn (Netz 4) deutlichere Verbesserungen zugesagt worden seien.

Der Bürgermeister hatte mir die Durchsicht eines Briefs an Landesverkehrsminister Winfried Hermann geschickt, in dem er die negativen Folgen für Ein- und Auspendler nach Gundelfingen sowie für alle Reisenden und Schüler beschreibt.

Schweizer Bundesrat hebt Einreisebeschränkungen zum 15. Juni auf

Jetzt ist es offiziell: Die Schweizer Regierung wird die Grenzen am 15. Juni wieder öffnen. Ich freue mich, dass meine Schweizer Kolleginnen und Kollegen auf die Aufhebung der Reisewarnungen der deutschen Bundesregierung reagieren und den Weg

für eine vollständige Normalisierung in der deutsch-schweizerischen Grenzregion freimachen.

Die Schweizer Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat heute den Bundesrat darüber informiert, dass das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement beabsichtigt, die geltenden Einreisebeschränkungen gegenüber allen EU/EFTA-Staaten zum 15. Juni aufzuheben. Angesichts der Pandemie-Lage erscheine dies möglich. Damit wird auch die Covid-Verordnung angepasst, die aktuell die Einreise in die Schweiz regelt.

Bereits ab 8. Juni können deutsche Handwerksfirmen wieder für neue Aufträge in die Schweiz reisen. Die Einreisebeschränkungen auf deutscher Seite („triftiger Grund“) bleiben bis zum 15. Juni bestehen. Grenzkontrollen finden jedoch nur noch stichprobenartig statt.

Weitere Informationen:

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-79365.html>

Deutliche Verbesserung muss noch vor der Elektrifizierung der Hochrheinschiene kommen

Im Landratsamt in Waldshut hat heute, Montag 15.06.20, eine Pressekonferenz u.a. mit dem baden-württembergischen Landesverkehrsminister Winfried Hermann stattgefunden, um die Öffentlichkeitsbeteiligung beim Ausbau und der Elektrifizierung der Hochrheinbahn vorzustellen. Ich konnte der am vergangenen Freitagabend kurzfristig verschickten Einladung nicht folgen, da ich als Mitglied der Bundesregierung am Montag an einem öffentlichen Fachgespräch zum Kohleausstiegsgesetz in Berlin teilnehmen musste. Für die SPD hat daher der SPD-Fraktionsvorsitzende im Waldshuter Kreistag und ehemalige Klettgauer Bürgermeister Volker Jungmann teilgenommen.

Wichtig ist, dass auch trotz Corona endlich auch ein geregelter Zugverkehr stattfindet. Es müssen Kapazitäten geschaffen werden. Bis zur vollständigen Elektrifizierung dauert es noch ein paar Jahre. Die Pendlerinnen und Pendler erwarten aber schon vorher deutliche Verbesserungen bei Pünktlichkeit und Sauberkeit der Züge.

Vor Ausbruch des Coronavirus war die Situation auf der Hochrheinbahn vor allem durch Verspätungen und Zugausfälle geprägt. Mit dem sogenannten kleinen Fahrplanwechsel am 14. Juni 2020 wurde der regionale Bahnverkehr in Baden-Württemberg laut Landesverkehrsministerium wieder auf nahezu hundert Prozent hochgefahren.

Klimaschutz gelingt am besten, wenn der Öffentliche Personennahverkehr attraktiv ist und einfach funktioniert. Es wird Zeit, dass das grüne

Landesverkehrsministerium den ÖPNV attraktiver gestaltet. Bisher war leider das Gegenteil der Fall.

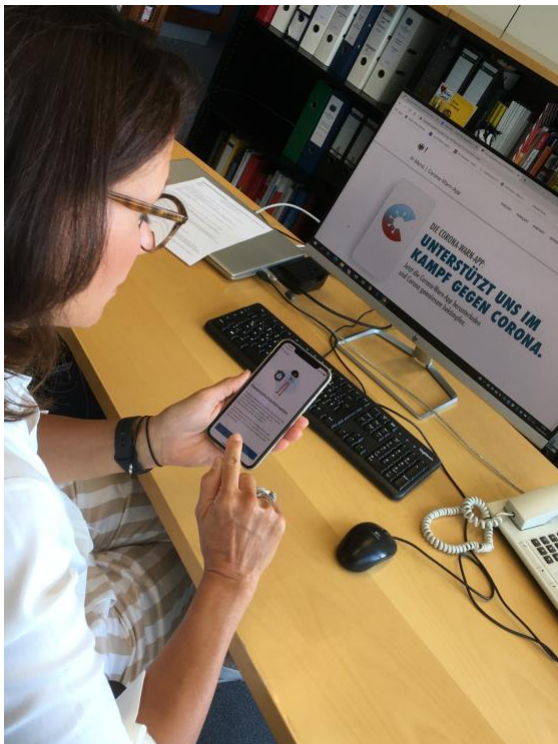
Laut Projekt-Webseite der Deutschen Bahn wird derzeit die Ausschreibung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung für den Ausbau der Hochrheinschiene vorbereitet. Die Plangenehmigungsunterlagen werden demnach voraussichtlich im Dezember 2020 beim Eisenbahn-Bundesamt (EBA) eingereicht. Das Landesverkehrsministerium rechnet mit einer Fertigstellung der Baumaßnahmen im Zeitraum von 2025 bis 2027.

Weitere Informationen:

<https://www.die-hochrheinbahn.com/downloads/broschuere-hochrheinbahn.pdf>

Installieren der neuen Corona-Warn-App

Die offizielle Corona-Warn-App der Bundesregierung ist seit heute zum Download verfügbar. Sie soll dabei helfen, Infektionsketten rechtzeitig zu unterbrechen und damit die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen.



© Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Je mehr von uns die App nutzen, desto besser wird sie funktionieren. Deshalb habe auch ich mir heute die App heruntergeladen. Wichtig ist für mich, dass bei der Entwicklung der App größter Wert auf Datenschutz und Datensicherheit gelegt wurde und die Nutzung freiwillig erfolgt.

Die App ist insbesondere im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet nützlich, da die Mobilität mit den aktuellen Lockerungen deutlich zunehmen wird. Neben dem Abstandhalten und dem Tragen von Schutzmasken ist die App eine sinnvolle Maßnahme, wie wir schrittweise in die Normalität zurückkehren können, d.h. bis ein Impfstoff vorhanden ist.

Weitere Informationen:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/corona-warn-app>

Bund fördert die Flottenumstellung von sozialen Diensten

Die Bundesregierung hat im Rahmen des Konjunkturpakets neue Fördermittel für Klimaanpassungsmaßnahmen in sozialen Einrichtungen in Höhe von insgesamt 150 Millionen Euro beschlossen. Damit werden Krankenhäuser, Pflege- und Altenheime, Schulen, Kitas, Müttergenesungswerke und Pflegedienste dabei unterstützt, z.B. nachhaltige Klimaanlagen einzurichten.

Dieses Konjunkturpaket beweist, dass wirtschaftliche Impulse, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammenpassen. Wir fördern gezielt die sozialen Einrichtungen, die in dieser Krise so viel geleistet haben und zeigen, dass uns die systemrelevanten Kräfte mehr wert als nur ein ‚Danke‘ sind“.

Außerdem werden soziale Dienste wie mobile Pflegedienste, Kranken- oder Behindertentransporte dabei unterstützt, auf Elektrofahrzeuge umzusteigen. Hierfür stellt die Bundesregierung weitere 200 Millionen Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen:

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2020/06/2020-06-17-Nachtrag-HH.html>

Unterstützung für Kommunen in Corona-Krise

KfW-Kredite über insgesamt 80 Mio. Euro gehen in den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Die Corona-Krise hat unsere Wirtschaft hart getroffen. Gerade auch in unserer Grenzregion haben wir die Auswirkungen deutlich zu spüren bekommen. Umso wichtiger, dass die Bundesregierung schnelle Hilfen auf den Weg

gebracht hat u.a. über das Sonderprogramm der KfW. Wie groß der Bedarf war, zeigen aktuelle Zahlen der KfW-Bankengruppe. Demnach wurden 258 Kredite mit einem Gesamtvolumen von über 80 Millionen Euro an Kreditnehmer allein aus dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald gewährt. Diese schnelle Hilfe für die Unternehmen war enorm wichtig. Die Bundesregierung hat hier überlegt und vor allem schnell gehandelt. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit der Unterstützung aus dem Sonderprogramm der KfW für viele Unternehmen auch in unserer Region eine besondere Stütze in diesen schwierigen Zeiten geschaffen haben.

Aus dem KfW-Sonderprogramm im Zuge der Corona-Krise wurden im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald insgesamt 258 Kreditzusagen mit einem Gesamtwert von 80,388 Millionen Euro erteilt. Für das Land Baden-Württemberg belaufen sich die gewährten Kredite auf über 3 Milliarden Euro (Stand: 31.05.2020).

Die fehlenden Steuereinnahmen sind ein schwerer Schlag für die Kommunen. Umso wichtiger, dass auch hier die Bundesregierung auf tatkräftige Unterstützung setzt. Die Entlastung bei der Kosten der Unterkunft, Kompensationszahlungen für Gewerbesteuer ausfälle oder zusätzliche Unterstützung bei der Finanzierung von ÖPNV oder der Kinderbetreuung sind nur einige Beispiele dafür, wie den Kommunen unter die Arme gegriffen wird.

Gebäudeenergiegesetz kommt auch mittelständischen Unternehmen aus Baden-Württemberg zugute

Der Deutsche Bundestag hat gestern, am 19.6., dem Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung des Energiesparrechts für Gebäude (sog. Gebäudeenergiegesetz, GEG) in der zweiten und dritten Lesung zugestimmt. Das Gebäudeenergiegesetz enthält u.a. eine Vereinheitlichung der Anforderungen an Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien, Regelungen zum Einbau von Ölheizungen, zur gebäudeenergetischen Beratung und zur Überprüfung der energetischen Anforderungen für Neubau und Bestand.

Nur mit einer Energiewende, die auch den Gebäudebereich und die Wärmewende berücksichtigt, kann Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen. Besonders freue ich mich, dass durch die Anerkennung von Abwärme aus Abwasser als erneuerbare Energie endlich zukunftsweisende Technologien unterstützt und gefördert werden können. Das kommt direkt auch mittelständischen Unternehmen aus Baden-Württemberg zugute, die seit Jahren für Klimaschutz und Energiewende aktiv sind.

Anfang des Jahres 2020 besuchte ich die Firma Uhrig in Geisingen und informierte sich dort über Techniken zur Energiegewinnung aus Abwasser „Made in Germany“. Zusammen mit dem Gebäudeenergiegesetz traf der Bundestag Beschlüsse zu Windenergieabständen sowie zur Aufhebung des sog. Solar-Ausbaudeckels.

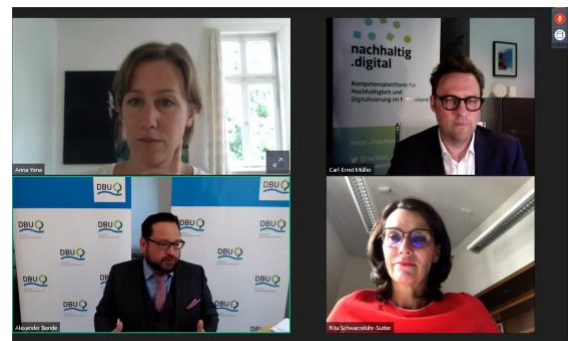
Mit diesen Beschlüssen senden wir ein klares Signal für mehr Sonnen- und Windenergie. Damit wir auch die nächsten Schritte in der Energiewende und beim Klimaschutz gehen können, brauchen wir auch noch dieses Jahr eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Dafür setze ich mich ein.

Videokonferenzen am Digitaltag

In der vergangenen Sitzungswoche habe ich auch wieder an zahlreichen Online-Veranstaltungen bzw. Webinaren teilgenommen:

Digitalisierung in der Arbeitswelt

Auf der Digitalkonferenz der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) haben wir über Nachhaltigkeitsaspekte im gesamtgesellschaftlichen Dialog zur Digitalisierung gesprochen. Gemeinsam mit Alexander Bonde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), Anna Yona, Geschäftsführerin und Gründerin Wildling Shoes und Carl-Ernst Müller, Koordinator nachhaltig.digital habe ich darüber diskutiert, wie ein nachhaltiger Kurswechsel in Unternehmen, aber auch in Wirtschaft und Gesellschaft, durch und nach Corona gestaltet werden kann.



Klimapolitik im Lichte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Welche klima- und wirtschaftspolitischen Aufgaben stellen sich im Lichte der Covid-19 Krise der dt. EU-Ratspräsidentschaft? Dazu habe ich mich am vergangenen Freitag mit Miguel Berger, Staatssekretär im Auswärtigem Amt, dem Vorstandsvorsitzenden der METRO AG, Olaf Koch und Dr. Stormy-Annika Mildner vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ausgetauscht.

Das gesamte Gespräch gibt es hier:

<https://youtu.be/LcNwuxr1jko>



Juso-Talk ÖPNV in Zeiten des Klimawandels

Wie sieht der ÖPNV der Zukunft aus? Welchen Beitrag kann der ÖPNV zum Klimaschutz leisten? Wie schaffen wir es, dass mehr Menschen vom Auto auf Bus und Bahn umsteigen? - diese und andere Fragen habe ich am vergangenen Donnerstag in ihrer Veranstaltungsreihe #wasnun mit den Jusos Lörrach, Jusos Heidelberg, Jusos Emmendingen, Jusos Freiburg, Jusos Stuttgart, Jusos Rems-Murr, Jusos Ulm, Jusos Rhein-Neckar, Jusos Breisgau-Hochschwarzwald, Jusos Ostalb, Jusos Kreis Esslingen und Horst Stammler, dem Geschäftsführer des Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart VVS diskutiert. An dieser Stelle ein großes Dankeschön an die Jusos Lörrach!



Den **#wasnun-Video-Talk** zum ÖPNV gibt es auch zum Nachschauen auf der Facebook-Seite der Jusos Lörrach!

<https://www.facebook.com/jusosloerrach/videos/295771238468820>





Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe Sie hatten eine spannende Lektüre! Den Menschen bei uns im Wahlkreis und in unserer Region möchte ich auch ein wichtiger Ansprechpartner für ihre Anliegen und Sorgen sein. Gerne können Sie sich jederzeit telefonisch, per E-Mail oder ganz klassisch per Brief an mich wenden. Ich freue mich auf Ihre Nachricht!

Für mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit im Wahlkreis und in Berlin besuchen Sie mich auch gerne auf meiner Homepage und bei facebook oder folgen mir auf Twitter und Instagram!

Ihre
Tina Selmann-Suhr

Kontakt

Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

T: 030 – 227 73 071

F: 030 – 227 76 173

E: rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de

Home:

Facebook:

Twitter:

Instagram:

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB

Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22

79761 Waldshut-Tiengen

T: 07751 – 91 76 881

F: 07751 – 91 76 882

E: rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundestag.de

www.schwarzueluehr-sutter.de

facebook.com/schwarzueluehrsutter

twitter.com/rischwasu

instagram.com/rischwasu/